

BUNDESGESETZBLATT

FÜR DIE REPUBLIK ÖSTERREICH

Jahrgang 1979

Ausgegeben am 6. Juni 1979

82. Stück

- 236.** Kundmachung: Geltungsbereich des Vertrages über die Nichtweiterverbreitung von Atomwaffen
- 237.** Vertrag zwischen der Republik Österreich und der Deutschen Demokratischen Republik über die Zusammenarbeit auf den Gebieten der Kultur und Wissenschaft (NR: GP XIV RV 997 AB 1195 S. 120. BR: AB 1985 S. 384.)
- 238.** Übereinkommen (Nr. 144) über dreigliedrige Beratungen zur Förderung der Durchführung internationaler Arbeitsnormen (NR: GP XIV RV 996 AB 1081 S. 110. BR: AB 1919 S. 381.)

236. Kundmachung des Bundeskanzlers vom 21. Mai 1979 betreffend den Geltungsbereich des Vertrages über die Nichtweiterverbreitung von Atomwaffen vom 1. Juli 1968

Laut Mitteilungen der Regierungen der Vereinigten Staaten von Amerika, des Vereinigten Königreiches Großbritannien und Nordirland und der Sowjetunion haben folgende weitere Staaten den Vertrag über die Nichtweiterverbreitung von Atomwaffen (BGBl. Nr. 258/1970, letzte Kundmachung betreffend den Geltungsbereich BGBl. Nr. 484/1975) ratifiziert oder sind ihm beigetreten:

Bhutan, Guinea-Bissau, Japan, Liechtenstein, Panama, Portugal, Schweiz, Singapur, Sri Lanka und Venezuela.

Die Bahamas, Suriname und Tuvalu haben erklärt, sich auch nach Erlangung der Unabhängigkeit an den gegenständlichen Vertrag gebunden zu erachten.

Anlässlich der Hinterlegung der Ratifikationsurkunde hat die Schweiz folgende Erklärung abgegeben:

„In Anbetracht dessen, daß der Zweck des Vertrages darin besteht, die Nichtkernwaffenstaaten daran zu hindern, Kernwaffen oder sonstige Kernsprengkörper herzustellen oder zu erwerben, ratifiziert die Schweiz den Vertrag in der Meinung, daß dessen Bestimmungen ausschließlich auf die Verwirklichung dieses Ziels gerichtet sind und nicht zu einer Beschränkung der Verwendung der Kernenergie zu anderen Zwecken führen werden.“

1. Die Schweiz stellt fest, daß nach Artikel IV die Erforschung, Erzeugung und Verwendung der Kernenergie zu friedlichen Zwecken nicht unter die in den Artikeln I und II enthaltenen Verbote fallen. Solche Tätigkeiten erfassen insbesondere das gesamte Gebiet der Energieerzeugung und der damit zusammenhängenden Operationen, die Forschung und die Technologie im Bereich zukünftiger Kernreaktoren auf Fissions- oder Fusionsbasis wie auch die Isotopenproduktion.
2. Die Schweiz definiert den in Artikel III verwendeten Ausdruck „Ausgangs- und besonderes spaltbares Material“ gemäß dem gegenwärtig geltenden Artikel XX des Statuts der IAEA. Eine Änderung dieser Auslegung erfordert die formelle Zustimmung der Schweiz.
Ferner wird sie ausschließlich Auslegungen und Definitionen der in Artikel III Absatz 2 enthaltenen Begriffe „Ausrüstungen und Materialien, die eigens für die Verarbeitung, Verwendung oder Herstellung von besonderem spaltbarem Material vorgesehen oder hergerichtet sind“ annehmen, die sie ausdrücklich gebilligt hat.
3. Die Schweiz geht davon aus, daß die Anwendung des Vertrages, und insbesondere die Kontrollmaßnahmen, nicht zu einer Benachteiligung der schweizerischen Industrie im internationalen Wettbewerb führen werden.“

Anlässlich seines Beitritts hat Liechtenstein eine Erklärung des gleichen Inhalts wie die Schweiz abgegeben.

Kreisky

237.

Der Nationalrat hat beschlossen:

Der Abschluß des nachstehenden Staatsvertrages wird genehmigt.

VERTRAG

zwischen der Republik Österreich und der Deutschen Demokratischen Republik über die Zusammenarbeit auf den Gebieten der Kultur und Wissenschaft

Die Republik Österreich und die Deutsche Demokratische Republik haben,

in der Überzeugung, daß die Zusammenarbeit auf den Gebieten der Kultur und Wissenschaft zur weiteren Entwicklung der freundschaftlichen Beziehungen zwischen der Republik Österreich und der Deutschen Demokratischen Republik sowie der beiden Völker beiträgt und eine dauerhafte Verständigung zwischen den beiden Staaten fördert sowie

in der Entschlossenheit, die Beziehungen auf der Grundlage der Schlußakte der Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa in ihrer Gesamtheit zu entwickeln und zu verwirklichen,

vereinbart, diesen Vertrag abzuschließen, und sind wie folgt übereingekommen:

Artikel 1

Die Vertragschließenden Seiten fördern die Zusammenarbeit in den Bereichen der Kultur und Kunst, der Wissenschaft und Forschung, der Bildung und Erziehung sowie des Sports. Zu diesem Zweck unterstützen sie die direkten Kontakte zwischen staatlichen Organen, Institutionen, Organisationen und Vereinigungen sowie zwischen den in diesen Bereichen tätigen Personen unter Berücksichtigung der in beiden Ländern geltenden Rechtsvorschriften und in Übereinstimmung mit den internationalen, insbesondere den in der Präambel zu diesem Abkommen genannten Verpflichtungen der Vertragschließenden Seiten.

Artikel 2

Die Vertragschließenden Seiten unterstützen die direkte Zusammenarbeit zwischen den Akademien der Wissenschaften, zwischen Universitäten, Hochschulen und anderen wissenschaftlichen Einrichtungen. Zu diesem Zweck werden beide Seiten unter Berücksichtigung gemeinsamer Interessen Universitätslehrer und Forscher, Experten und Nachwuchswissenschaftler zu Studienaufenthalten, Gastvorträgen sowie befristeter wissenschaftlicher Forschung oder als Gastprofessoren auf der Grundlage von Einladungen austauschen.

Artikel 3

Die Vertragschließenden Seiten fördern die Herstellung von Kontakten auf dem Gebiet der wissenschaftlichen Forschung, die Erarbeitung und Verwirklichung gemeinsamer wissenschaftlicher Programme und die Veranstaltung gemeinsamer Konferenzen und Kongresse; sie fördern die Teilnahme von Wissenschaftlern, Forschern und anderen Experten an wissenschaftlichen Veranstaltungen, die in ihren Staaten stattfinden.

Sie fördern den Erfahrungs-, Informations- und Publikationsaustausch auf den Gebieten der Wissenschaft und Forschung sowie den umfassenden Zugang zu solchen Informationen und Publikationen, zu Bibliotheken, Archiven und Museen.

Artikel 4

Die Vertragschließenden Seiten gewähren einander Jahres- und Kurzstipendien für Studierende und graduierte Akademiker der Universitäten und Hochschulen im Mindestausmaß von 20 Monaten jährlich.

Artikel 5

Die Vertragschließenden Seiten prüfen die Bedingungen für eine gegenseitige Anerkennung der Reifezeugnisse, eine Anrechnung von Studienzeiten und Prüfungen an Universitäten und Hochschulen und eine Anerkennung von akademischen Graden über ihre hierfür zuständigen Organe mit dem Ziel, darüber gesonderte Vereinbarungen abzuschließen.

Artikel 6

Die Vertragschließenden Seiten tauschen Erfahrungen auf den Gebieten des Allgemeinbildenden und des Berufsbildenden Schulwesens sowie der Erwachsenenbildung durch die Entsendung und den Empfang von Experten sowie Übermittlung von Dokumentationen, Informationen und didaktischem Material aus.

Artikel 7

Die Vertragschließenden Seiten unterstützen die Zusammenarbeit auf den Gebieten der bildenden und der darstellenden Kunst, der Literatur, der Musik, des Theaters, des Films, des Museumswesens und der Denkmalpflege durch den Austausch von Experten, die Förderung von Veranstaltungen und Veröffentlichung von Werken sowie durch den Austausch von Informationen und Publikationen.

Artikel 8

Die Vertragschließenden Seiten fördern die Zusammenarbeit von Galerien. Sie tauschen museale Ausstellungen und solche von Werken lebender Künstler aus; zur Durchführung solcher Ausstellungen werden von Fall zu Fall Vereinbarungen zwischen den zuständigen Institutionen geschlossen.

Artikel 9

Die Vertragschließenden Seiten erleichtern Gastspiele von Theatern, Künstlerensembles und einzelnen Künstlern auf kommerzieller Grundlage.

Artikel 10

Die Vertragschließenden Seiten unterstützen Einladungen und Entsendungen von Personen, die eine kulturelle Tätigkeit ausüben, vor allem von Interpreten, bildenden und darstellenden Künstlern, Autoren, Komponisten und Verlegern, insbesondere anlässlich von Symposien, Festspielen, internationalen Wettbewerben und anderen Veranstaltungen und informieren einander über solche Vorhaben.

Artikel 11

Die Vertragschließenden Seiten unterstützen die weitere Entwicklung der Beziehungen auf den Gebieten des Sports. Entsprechende Maßnahmen werden von den zuständigen Organisationen vereinbart.

Artikel 12

Die Vertragschließenden Seiten fördern die Zusammenarbeit zwischen den UNESCO-Kommissionen der beiden Staaten.

Artikel 13

Die aufgrund dieses Vertrages von seiten der Deutschen Demokratischen Republik österreichischen Staatsbürgern gewährten Stipendien haben die Aufenthaltskosten (Unterbringung, Verpflegung und Taschengeld) sowie Studiengebühren zu decken. Die Deutsche Demokratische Republik trägt ferner die Kosten für die medizinische Betreuung bei akuten Erkrankungen und Unfällen einschließlich der Versorgung mit Medikamenten.

Die von österreichischer Seite für Staatsbürger der Deutschen Demokratischen Republik gewährten Stipendien haben Aufenthaltskosten (Unterbringung, Verpflegung und Taschengeld) sowie Studiengebühren und die medizinische Betreuung bei akuten Erkrankungen und Unfällen einschließlich der Versorgung mit Medikamenten zu decken.

Die Ermächtigung zur Durchführung des in Artikel 18 vorgesehenen Austausches von Noten wurde vom Bundespräsidenten unterzeichnet und vom Vizekanzler gegengezeichnet; der Staatsvertrag tritt gemäß seinem Art. 18 am 7. Juli 1979 in Kraft.

Artikel 14

Bei den aufgrund dieses Vertrages in den gemäß Artikel 16 ausgearbeiteten Arbeitsprogrammen vorgesehenen Reisen trägt der Entsendestaat die Reisekosten zum ersten und vom letzten Zielort, der Empfangsstaat die allenfalls vorgesehenen Inlandsreisen, die Kosten für Nächtigung und Verpflegung sowie in angemessener Weise die sonstigen sich aus dem Zweck der Einladung ergebenden Kosten.

Artikel 15

Bei den aufgrund dieses Vertrages vorgesehenen Ausstellungen trägt, sofern keine anderen Vereinbarungen getroffen werden, der Entsendestaat die Kosten der Vorbereitung und Versendung zum ersten Bestimmungsort im Gastland und vom letzten Bestimmungsort im Gastland zurück. Der Empfangsstaat trägt alle übrigen Kosten.

Artikel 16

Zur Durchführung dieses Vertrages werden Delegationen beider Seiten wechselweise in Österreich und der Deutschen Demokratischen Republik zusammentreten und entsprechende Arbeitsprogramme für jeweils drei Jahre in der Form von Regierungsübereinkommen ausarbeiten.

Artikel 17

Dieser Vertrag wird für die Dauer von fünf Jahren abgeschlossen. Seine Gültigkeit verlängert sich jeweils um weitere fünf Jahre, sofern nicht einer der Vertragsstaaten diesen Vertrag spätestens sechs Monate vor Ablauf dieser Frist schriftlich auf diplomatischem Wege kündigt.

Artikel 18

Dieser Vertrag tritt sechzig Tage nach Austausch von Noten in Kraft, in denen die Vertragsstaaten einander mitteilen, daß die jeweiligen innerstaatlichen Voraussetzungen für dessen Inkrafttreten erfüllt sind.

Zu Urkund dessen haben die Bevollmächtigten der beiden Vertragsstaaten diesen Vertrag unterzeichnet und mit Siegeln zu versehen.

Geschehen zu Berlin, am 31. März 1978 in zwei Urschriften, wobei beide Texte authentisch sind.

Für die Republik Österreich:

Dr. Hans Walser c. h.

Für die Deutsche Demokratische Republik:

Kurt Nier c. h.

Kreisky

238.

Der Nationalrat hat beschlossen:

Der Abschluß des nachstehenden Staatsvertrages wird genehmigt:

CONVENTION (N° 144) CONCERNING TRIPAR- TITE CONSULTATIONS TO PROMOTE THE IMPLEMENTATION OF INTERNATIONAL LABOUR STANDARDS	CONVENTION (N° 144) CONCERNANT LES CON- SULTATIONS TRIPAR- TITES DESTINEES A PROMOUVOIR LA MISE EN ŒUVRE DES NORMES INTERNATIONALES DU TRAVAIL	(Übersetzung) ÜBEREINKOMMEN (Nr. 144) ÜBER DREIGLIEDRIGE BERATUNGEN ZUR FÖRDERUNG DER DURCHFÜHRUNG INTERNATIONALER ARBEITSNORMEN
The General Conference of the International Labour Organisation,	La Conférence générale de l'Organisation internationale du Travail,	Die Allgemeine Konferenz der Internationalen Arbeitsorganisation,
Having been convened at Geneva by the Governing Body of the International Labour Office, and having met in its Sixty-first Session on 2 June 1976, and	Convoquée à Genève par le Conseil d'administration du Bureau international du Travail, et s'y étant réunie le 2 juin 1976, en sa soixante et unième session;	die vom Verwaltungsrat des Internationalen Arbeitsamtes nach Genf einberufen wurde und am 2. Juni 1976 zu ihrer einundsechzigsten Tagung zusammengetreten ist,
Recalling the terms of existing international labour Conventions and Recommendations—in particular the Freedom of Association and Protection of the Right to Organise Convention, 1948, the Right to Organise and Collective Bargaining Convention, 1949, and the Consultation (Industrial and National Levels) Recommendation, 1960—which affirm the right of employers and workers to establish free and independent organisations and call for measures to promote effective consultation at the national level between public authorities and employers' and workers' organisations, as well as the provisions of numerous international labour Conventions and Recommendations which provide for the consultation of employers' and workers' organisations on measures to give effect thereto, and	Rappelant les termes des conventions et recommandations internationales du travail existantes — en particulier la convention sur la liberté syndicale et la protection du droit syndical, 1948, la convention sur le droit d'organisation et de négociation collective, 1949, et la recommandation sur la consultation aux échelons industriel et national, 1960 — qui affirment le droit des employeurs et des travailleurs d'établir des organisations libres et indépendantes et demandent que des mesures soient prises pour promouvoir des consultations efficaces au niveau national entre les autorités publiques et les organisations d'employeurs et de travailleurs, ainsi que les dispositions de nombreuses conventions et recommandations internationales du travail qui prévoient la consultation des organisations d'employeurs et de travailleurs sur les mesures à prendre pour leur donner effet;	verweist auf die Bestimmungen bestehender internationaler Arbeitsübereinkommen und Empfehlungen — insbesondere das Übereinkommen über die Vereinigungsfreiheit und den Schutz des Vereinigungsrechtes, 1948, das Übereinkommen über das Vereinigungsrecht und das Recht zu Kollektivverhandlungen, 1949, und die Empfehlung betreffend die Beratung in einzelnen Wirtschaftszweigen und im gesamtstaatlichen Rahmen, 1960 —, worin das Recht der Arbeitgeber und der Arbeitnehmer auf die Bildung freier und unabhängiger Verbände bekräftigt wird und Maßnahmen zur Förderung wirksamer Beratungen auf nationaler Ebene zwischen den Staatsorganen und den Verbänden der Arbeitgeber und der Arbeitnehmer gefordert werden, sowie auf die Bestimmungen zahlreicher internationaler Arbeitsübereinkommen und Empfehlungen, in denen die Anhörung der Verbände der Arbeitgeber und der Arbeitnehmer zu Maßnahmen für deren Durchführung vorgesehen ist;

Having considered the fourth item on the agenda of the session which is entitled "Establishment of tripartite machinery to promote the implementation of international labour standards", and having decided upon the adoption of certain proposals concerning tripartite consultations to promote the implementation of international labour standards, and	Après avoir examiné la quatrième question à l'ordre du jour de la session, qui est intitulée: «Création de mécanismes tripartites chargés de promouvoir la mise en œuvre des normes internationales du travail», et après avoir décidé d'adopter certaines propositions concernant les consultations tripartites destinées à promouvoir la mise en œuvre des normes internationales du travail;	hat den vierten Gegenstand ihrer Tagesordnung unter dem Titel „Schaffung dreigliedriger Einrichtungen und Verfahren zur Förderung der Durchführung internationaler Arbeitsnormen“ geprüft und beschlossen, verschiedene Anträge anzunehmen betreffend dreigliedrige Beratungen zur Förderung der Durchführung internationaler Arbeitsnormen, und
Having determined that these proposals shall take the form of an international Convention,	Après avoir décidé que ces propositions prendraient la forme d'une convention internationale,	dabei bestimmt, daß diese Anträge die Form eines internationalen Übereinkommens erhalten sollen.
adopts this twenty-first day of June of the year one thousand nine hundred and seventy-six the following Convention, which may be cited as the Tripartite Consultation (International Labour Standards) Convention, 1976:	adopte, ce vingt et unième jour de juin mil neuf cent soixante-seize, la convention ci-après, qui sera dénommée Convention sur les consultations tripartites relatives aux normes internationales du travail, 1976.	Die Konferenz nimmt heute, am 21. Juni 1976, das folgende Übereinkommen an, das als Übereinkommen über dreigliedrige Beratungen (internationale Arbeitsnormen), 1976, bezeichnet wird.
Article 1	Article 1	Artikel 1
In this Convention the term "representative organisations" means the most representative organisations of employers and workers enjoying the right of freedom of association.	Dans la présente convention, les termes «organisations représentatives» signifient les organisations les plus représentatives des employeurs et des travailleurs, jouissant du droit à la liberté syndicale.	In diesem Übereinkommen bezeichnet der Ausdruck „maßgebende Verbände“ die maßgebenden Verbände der Arbeitgeber und der Arbeitnehmer, die im Genuß der Vereinigungsfreiheit stehen.
Article 2	Article 2	Artikel 2
1. Each Member of the International Labour Organisation which ratifies this Convention undertakes to operate procedures which ensure effective consultations, with respect to the matters concerning the activities of the International Labour Organisation set out in Article 5, paragraph 1, below, between representatives of the government, of employers and of workers.	1. Tout Membre de l'Organisation internationale du Travail qui ratifie la présente convention s'engage à mettre en œuvre des procédures qui assurent des consultations efficaces entre les représentants du gouvernement, des employeurs et des travailleurs sur les questions concernant les activités de l'Organisation internationale du Travail, énoncées à l'article 5, paragraphe 1, ci-dessous.	1. Jedes Mitglied der Internationalen Arbeitsorganisation, das dieses Übereinkommen ratifiziert, verpflichtet sich, Verfahren anzuwenden, die wirksame Beratungen zwischen Vertretern der Regierung, der Arbeitgeber und der Arbeitnehmer im Hinblick auf die in Artikel 5 Absatz 1 dieses Übereinkommens genannten Fragen im Zusammenhang mit den Tätigkeiten der Internationalen Arbeitsorganisation sicherstellen.
2. The nature and form of the procedures provided for in paragraph 1 of this Article shall be determined in each country in accordance with national practice, after consultation with the	2. La nature et la forme des procédures prévues au paragraphe 1 du présent article seront déterminées dans chaque pays, conformément à la pratique nationale, après consultation des	2. Die Art und die Form der in Absatz 1 dieses Artikels vorgesehenen Verfahren sind in jedem Land entsprechend den innerstaatlichen Gepflogenheiten und, soweit solche Verbände be-

representative organisations, where such organisations exist and such procedures have not yet been established.

Article 3

1. The representatives of employers and workers for the purposes of the procedures provided for in this Convention shall be freely chosen by their representative organisations, where such organisations exist.

2. Employers and workers shall be represented on an equal footing on any bodies through which consultations are undertaken.

Article 4

1. The competent authority shall assume responsibility for the administrative support of the procedures provided for in this Convention.

2. Appropriate arrangements shall be made between the competent authority and the representative organisations, where such organisations exist, for the financing of any necessary training of participants in these procedures.

Article 5

1. The purpose of the procedures provided for in this Convention shall be consultations on—

(a) government replies to questionnaires concerning items on the agenda of the International Labour Conference and government comments on proposed texts to be discussed by the Conference;

(b) the proposals to be made to the competent authority or authorities in con-

organisations représentatives, s'il en existe et si de telles procédures n'ont pas encore été établies.

Article 3

1. Aux fins des procédures visées par la présente convention, les représentants des employeurs et des travailleurs seront choisis librement par leurs organisations représentatives, s'il en existe.

2. Les employeurs et les travailleurs seront représentés sur un pied d'égalité au sein de tout organisme au moyen duquel les consultations auraient lieu.

Article 4

1. L'autorité compétente assumera la responsabilité du support administratif des procédures visées par la présente convention.

2. Des arrangements appropriés seront pris entre l'autorité compétente et les organisations représentatives, s'il en existe, pour le financement de toute formation nécessaire aux personnes participant à ces procédures.

Article 5

1. Les procédures visées par la présente convention devront avoir pour objet des consultations sur:

a) les réponses des gouvernements aux questionnaires sur les points inscrits à l'ordre du jour de la Conférence internationale du Travail et les commentaires des gouvernements sur les projets de textes qui doivent être discutés par la Conférence;

b) les propositions à présenter à l'autorité ou aux autorités compétentes en rela-

stehen und solche Verfahren noch nicht eingeführt worden sind, nach Beratung mit den maßgebenden Verbänden festzulegen.

Artikel 3

1. Die Vertreter der Arbeitgeber und der Arbeitnehmer bei den in diesem Übereinkommen vorgesehenen Verfahren sind von ihren maßgebenden Verbänden, soweit solche Verbände bestehen, frei auszuwählen.

2. Die Arbeitgeber und die Arbeitnehmer müssen in allen Organen, in deren Rahmen Beratungen stattfinden, gleichgewichtig vertreten sein.

Artikel 4

1. Die zuständige Stelle ist für die verwaltungsmäßige Unterstützung der in diesem Übereinkommen vorgesehenen Verfahren verantwortlich.

2. Zwischen der zuständigen Stelle und den maßgebenden Verbänden, soweit solche Verbände bestehen, sind geeignete Vereinbarungen zur Finanzierung einer gegebenenfalls erforderlichen Schulung der an diesen Verfahren beteiligten Personen zu treffen.

Artikel 5

1. Ziel der in diesem Übereinkommen vorgesehenen Verfahren sind Beratungen über

a) Antworten der Regierungen auf Fragebogen zu Tagesordnungspunkten der Internationalen Arbeitskonferenz und Stellungnahmen der Regierungen zu Textentwürfen, die von der Konferenz zu erörtern sind;

b) die Vorschläge, die der oder den zuständigen Stellen im Zusammenhang mit der

nection with the submission of Conventions and Recommendations pursuant to article 19 of the Constitution of the International Labour Organisation; (c) the re-examination at appropriate intervals of unratified Conventions and of Recommendations to which effect has not yet been given, to consider what measures might be taken to promote their implementation and ratification as appropriate; (d) questions arising out of reports to be made to the International Labour Office under article 22 of the Constitution of the International Labour Organisation; (e) proposals for the denunciation of ratified Conventions. 2. In order to ensure adequate consideration of the matters referred to in paragraph 1 of this Article, consultations shall be undertaken at appropriate intervals fixed by agreement, but at least once a year.	tion avec la soumission qui doit leur être faite des conventions et recommandations, conformément à l'article 19 de la Constitution de l'Organisation internationale du Travail; c) le réexamen, à des intervalles appropriés, de conventions non ratifiées et de recommandations auxquelles il n'a pas encore été donné effet, pour envisager les mesures qui pourraient être prises afin de promouvoir leur mise en œuvre et leur ratification, le cas échéant; d) les questions que peuvent poser les rapports à présenter au Bureau international du Travail au titre de l'article 22 de la Constitution de l'Organisation internationale du Travail; e) les propositions relatives à la dénonciation de conventions ratifiées. 2. Afin d'assurer un examen adéquat des questions visées au paragraphe 1 du présent article, des consultations auront lieu à des intervalles appropriés fixés d'un commun accord, mais au moins une fois par an.	Vorlage von Übereinkommen und Empfehlungen gemäß Artikel 19 der Verfassung der Internationalen Arbeitsorganisation zu unterbreiten sind; c) die Überprüfung nichtratifizierter Übereinkommen und von Empfehlungen, denen noch nicht entsprochen worden ist, in geeigneten Zeitabständen, um festzustellen, welche Maßnahmen zur Förderung ihrer Durchführung und gegebenenfalls ihrer Ratifikation getroffen werden könnten; d) Fragen, die sich im Zusammenhang mit den gemäß Artikel 22 der Verfassung der Internationalen Arbeitsorganisation an das Internationale Arbeitsamt zu sendenden Berichten ergeben; e) Anträge auf Kündigung ratifizierter Übereinkommen. 2. Um eine angemessene Behandlung der in Absatz 1 dieses Artikels bezeichneten Fragen zu gewährleisten, haben Beratungen in geeigneten, einvernehmlich festgelegten Zeitabständen, mindestens jedoch einmal jährlich, stattzufinden.
Article 6 When this is considered appropriate after consultation with the representative organisations, where such organisations exist, the competent authority shall issue an annual report on the working of the procedures provided for in this Convention.	Article 6 Lorsque cela paraît approprié après consultation avec les organisations représentatives, s'il en existe, l'autorité compétente produira un rapport annuel sur le fonctionnement des procédures visées par la présente convention.	Artikel 6 Wenn dies nach Beratung mit den maßgebenden Verbänden, soweit solche Verbände bestehen, angebracht erscheint, hat die zuständige Stelle einen Jahresbericht über das Funktionieren der in diesem Übereinkommen vorgesehenen Verfahren herauszugeben.
Article 7 The formal ratifications of this Convention shall be communicated to the Director-General of the International Labour Office for registration.	Article 7 Les ratifications formelles de la présente convention seront communiquées au Directeur général du Bureau international du Travail et par lui enregistrées.	Artikel 7 Die förmlichen Ratifikationen dieses Übereinkommens sind dem Generaldirektor des Internationalen Arbeitsamtes zur Eintragung mitzuteilen.

Article 8

1. This Convention shall be binding only upon those Members of the International Labour Organisation whose ratifications have been registered with the Director-General.

2. It shall come into force twelve months after the date on which the ratifications of two Members have been registered with the Director-General.

3. Thereafter, this Convention shall come into force for any Member twelve months after the date on which its ratification has been registered.

Article 9

1. A Member which has ratified this Convention may denounce it after the expiration of ten years from the date on which the Convention first comes into force, by an act communicated to the Director-General of the International Labour Office for registration. Such denunciation shall not take effect until one year after the date on which it is registered.

2. Each Member which has ratified this Convention and which does not, within the year following the expiration of the period of ten years mentioned in the preceding paragraph, exercise the right of denunciation provided for in this Article, will be bound for another period of ten years and, thereafter, may denounce this Convention at the expiration of each period of ten years under the terms provided for in this Article.

Article 10

1. The Director-General of the International Labour Office shall notify all Members of the International Labour Organisation of the registration of all ratifications and denunciations communicated to him by the Members of the Organisation.

Article 8

1. La présente convention ne liera que les Membres de l'Organisation internationale du Travail dont la ratification aura été enregistrée par le Directeur général.

2. Elle entrera en vigueur douze mois après que les ratifications de deux Membres auront été enregistrées par le Directeur général.

3. Par la suite, cette convention entrera en vigueur pour chaque Membre douze mois après la date où sa ratification aura été enregistrée.

Article 9

1. Tout Membre ayant ratifié la présente convention peut la dénoncer à l'expiration d'une période de dix années après la date de la mise en vigueur initiale de la convention, par un acte communiqué au Directeur général du Bureau international du Travail et par lui enregistré. La dénonciation ne prendra effet qu'une année après avoir été enregistrée.

2. Tout Membre ayant ratifié la présente convention qui, dans le délai d'une année après l'expiration de la période de dix années mentionnée au paragraphe précédent, ne fera pas usage de la faculté de dénonciation prévue par le présent article sera lié pour une nouvelle période de dix années et, par la suite, pourra dénoncer la présente convention à l'expiration de chaque période de dix années dans les conditions prévues au présent article.

Article 10

1. Le Directeur général du Bureau international du Travail notifiera à tous les Membres de l'Organisation internationale du Travail l'enregistrement de toutes les ratifications et dénonciations qui lui seront communiquées par les Membres de l'Organisation.

Artikel 8

1. Dieses Übereinkommen bindet nur diejenigen Mitglieder der Internationalen Arbeitsorganisation, deren Ratifikation durch den Generaldirektor eingetragen ist.

2. Es tritt in Kraft zwölf Monate nachdem die Ratifikationen zweier Mitglieder durch den Generaldirektor eingetragen worden sind.

3. In der Folge tritt dieses Übereinkommen für jedes Mitglied zwölf Monate nach der Eintragung seiner Ratifikation in Kraft.

Artikel 9

1. Jedes Mitglied, das dieses Übereinkommen ratifiziert hat, kann es nach Ablauf von zehn Jahren, gerechnet von dem Tag, an dem es zum erstenmal in Kraft getreten ist, durch Anzeige an den Generaldirektor des Internationalen Arbeitsamtes kündigen. Die Kündigung wird von diesem eingetragen. Ihre Wirkung tritt erst ein Jahr nach der Eintragung ein.

2. Jedes Mitglied, das dieses Übereinkommen ratifiziert hat und innerhalb eines Jahres nach Ablauf des im vorigen Absatz genannten Zeitraumes von zehn Jahren von dem in diesem Artikel vorgesehenen Kündigungsrecht keinen Gebrauch macht, bleibt für einen weiteren Zeitraum von zehn Jahren gebunden. In der Folge kann es dieses Übereinkommen jeweils nach Ablauf eines Zeitraumes von zehn Jahren nach Maßgabe dieses Artikels kündigen.

Artikel 10

1. Der Generaldirektor des Internationalen Arbeitsamtes gibt allen Mitgliedern der Internationalen Arbeitsorganisation Kenntnis von der Eintragung aller Ratifikationen und Kündigungen, die ihm von den Mitgliedern der Organisation mitgeteilt werden.

2. When notifying the Members of the Organisation of the registration of the second ratification communicated to him, the Director-General shall draw the attention of the Members of the Organisation to the date upon which the Convention will come into force.

Article 11

The Director-General of the International Labour Office shall communicate to the Secretary-General of the United Nations for registration in accordance with Article 102 of the Charter of the United Nations full particulars of all ratifications and acts of denunciation registered by him in accordance with the provisions of the preceding Articles.

Article 12

At such times as it may consider necessary the Governing Body of the International Labour Office shall present to the General Conference a report on the working of this Convention and shall examine the desirability of placing on the agenda of the Conference the question of its revision in whole or in part.

Article 13

1. Should the Conference adopt a new Convention revising this Convention in whole or in part, then, unless the new Convention otherwise provides—

- (a) the ratification by a Member of the new revising Convention shall *ipso jure* involve the immediate denunciation of this Convention, notwithstanding the provisions of Article 9 above, if and when the new revising Convention shall have come into force;

2. En notifiant aux Membres de l'Organisation l'enregistrement de la deuxième ratification qui lui aura été communiquée, le Directeur général appellera l'attention des Membres de l'Organisation sur la date à laquelle la présente convention entrera en vigueur.

Article 11

Le Directeur général du Bureau international du Travail communiquera au Secrétaire général des Nations Unies, aux fins d'enregistrement, conformément à l'article 102 de la Charte des Nations Unies, des renseignements complets au sujet de toutes ratifications et de tous actes de dénonciation qu'il aura enregistrés conformément aux articles précédents.

Article 12

Chaque fois qu'il le jugera nécessaire, le Conseil d'administration du Bureau international du Travail présentera à la Conférence générale un rapport sur l'application de la présente convention et examinera s'il y a lieu d'inscrire à l'ordre du jour de la Conférence la question de sa révision totale ou partielle.

Article 13

1. Au cas où la Conférence adopterait une nouvelle convention portant révision totale ou partielle de la présente convention, et à moins que la nouvelle convention ne dispose autrement:

- a) la ratification par un Membre de la nouvelle convention portant révision entraînerait de plein droit, nonobstant l'article 9 ci-dessus, dénonciation immédiate de la présente convention, sous réserve que la nouvelle convention portant révision soit entrée en vigueur;

2. Der Generaldirektor wird die Mitglieder der Organisation, wenn er ihnen von der Eintragung der zweiten Ratifikation, die ihm mitgeteilt wird, Kenntnis gibt, auf den Zeitpunkt aufmerksam machen, in dem dieses Übereinkommen in Kraft tritt.

Artikel 11

Der Generaldirektor des Internationalen Arbeitsamtes übermittelt dem Generalsekretär der Vereinten Nationen zwecks Eintragung nach Artikel 102 der Charta der Vereinten Nationen vollständige Auskünfte über alle von ihm nach Maßgabe der vorausgehenden Artikel eingetragenen Ratifikationen und Kündigungen.

Artikel 12

Der Verwaltungsrat des Internationalen Arbeitsamtes hat, so oft er es für nötig erachtet, der Allgemeinen Konferenz einen Bericht über die Durchführung dieses Übereinkommens zu erstatten und zu prüfen, ob die Frage seiner gänzlichen oder teilweisen Abänderung auf die Tagesordnung der Konferenz gesetzt werden soll.

Artikel 13

1. Nimmt die Konferenz ein neues Übereinkommen an, welches das vorliegende Übereinkommen ganz oder teilweise abändert, und sieht das neue Übereinkommen nichts anderes vor, so gelten folgende Bestimmungen:

- a) Die Ratifikation des neu gefaßten Übereinkommens durch ein Mitglied schließt ohne weiteres die sofortige Kündigung des vorliegenden Übereinkommens in sich ohne Rücksicht auf Artikel 9, vorausgesetzt, daß das neu gefaßte Übereinkommen in Kraft getreten ist.

b) as from the date when the new revising Convention comes into force this Convention shall cease to be open to ratification by the Members.	b) à partir de la date de l'entrée en vigueur de la nouvelle convention portant révision, la présente convention cesserait d'être ouverte à la ratification des Membres.	b) Vom Zeitpunkt des Inkrafttretens des neugefaßten Übereinkommens an kann das vorliegende Übereinkommen von den Mitgliedern nicht mehr ratifiziert werden.
2. This Convention shall in any case remain in force in its actual form and content for those Members which have ratified it but have not ratified the revising Convention.	2. La présente convention demeurerait en tout cas en vigueur dans sa forme et teneur pour les Membres qui l'auraient ratifiée et qui ne ratifieraient pas la convention portant révision.	2. Indessen bleibt das vorliegende Übereinkommen nach Form und Inhalt jedenfalls in Kraft für die Mitglieder, die dieses, aber nicht das neugefaßte Übereinkommen ratifiziert haben.
Article 14 The English and French versions of the text of this Convention are equally authoritative.	Article 14 Les versions française et anglaise du texte de la présente convention font également foi.	Artikel 14 Der französische und der englische Wortlaut dieses Übereinkommens sind in gleicher Weise maßgebend.

Der Nationalrat hat anlässlich der Genehmigung des vorstehenden Staatsvertrages beschlossen, daß dieser im Sinne des Art. 50 Abs. 2 des Bundes-Verfassungsgesetzes durch Erlassung von Gesetzen zu erfüllen ist.

Die vom Bundespräsidenten unterzeichnete und vom Bundeskanzler gegengezeichnete Ratifikationsurkunde wurde am 2. März 1979 hinterlegt; der Vertrag tritt gemäß seinem Art. 8 Z. 2 am 2. März 1980 in Kraft.

Bis zur Hinterlegung der Ratifikationsurkunde Österreichs haben folgende Staaten das Übereinkommen ratifiziert:

Dänemark
Finnland
Indien
Irak
Mexiko
Niederlande
Norwegen
Sambia
Schweden
Vereinigtes Königreich Großbritannien und Nordirland
Zypern

Kreisky